

Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannschuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Woche vom 26. November bis 2. Dezember 830 Milliarden Mark, Abolter 610 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile breittlich 140 Mill., auswärts 200 Mill., Familienanzeigen und Stellenangebote 70 Mill., Vereinsblätter 140 Mill., die dreigespaltene, 30 Millimeter breite Reklamazeile breittlich 700 Mill., auswärts 1000 Mill. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereines d. Deutscher Zeitungsverleger, zurzeit 1400 Millionen. Gewährter Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 127 Magdeburg.

Nr. 278.

Magdeburg, Donnerstag den 29. November 1923.

34. Jahrgang.

Bürgerblock im Anmarsch.

„Arbeiter“ Stegerwald als Kanzler.

Die Kandidatur Alberts als Kanzler ist erledigt. Wir haben noch in der gestrigen Nummer unsern Lesern diese Tatsache mitteilen können. Damit hat sich erfüllt, was wir am Tage vorher prophezeit hatten.

Es war eine ausgefallene Idee, in dieser Zuspitzung des Ringens zwischen Reaktion und Demokratie es mit einem „neutralen“ Beamtens-Kabinet, einem Ministerium „bewährter Männer“ versuchen zu wollen. Sowie Albert als Kandidat aufstand, machten die bürgerlichen Fraktionen scharf Front gegen ihn. Er ist nicht einmal dazu gekommen, auch nur einen einzigen „bewährten Mann“ an seine Seite zu bringen. Sein Auftreten genügt vielmehr, um die Fraktionen der Mitte nach rechts zu drängen und sie den

Verhandlungen mit den Deutschnationalen

geneigt zu machen.

Am Dienstag mittag legte Albert seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurück. Sofort begannen die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Fraktionen über die Bildung eines Bürgerblocks. Sie waren am Dienstag abend 10 Uhr noch nicht abgeschlossen, aber sie befanden sich auf einem Erfolg versprechenden Wege. Sie werden am Mittwoch fortgesetzt. Wir werden abermals richtig prophezeien, wenn wir behaupten, daß sie zu einem positiven Ergebnis führen werden.

Die Deutschnationalen sind nämlich so gierig nach Ministerstühlen wie der hungrige Laubfrosch nach Fliegen. Sie wollen — soweit wenigstens ihr Flügel unter Gehrt in Betracht kommt, der die Mehrheit der Fraktion hinter sich hat — unter allen Umständen den Fuß in den Steigbügel der Macht klemmen. Sind sie erst so weit, dann werden sie sich mühelos in den Sattel schwingen und ihren Helfershelfern von heute die Reitpeitsche um die Ohren schlagen. In der Bekämpfung haben sie ja Übung genug aus den Zeiten, die hinter uns liegen. Und das „Bürgerpad“ wird sich dann wohl oder übel drehen. Es gibt so manche unter ihnen, dem es wohl tut, mit Striemen herumzulaufen, die von adligen Peitschen herühren. „Hunde sind wir ja doch“, sagte vor langen Jahren einer ihrer Führer. Die entsprechende Demut ist seitdem noch nicht verschwunden.

Zunächst gilt es aber vorsichtig zu sein. Die Deutschnationalen gehen daher in ihren Forderungen Schritt um Schritt bereitwillig zurück. Zuerst hatten sie — Ende voriger Woche — verlangt, daß mit ihrem Eintritt ins Ministerium die große Koalition in Preußen automatisch fallen müßte. „Kampf gegen den Marxismus“, getreu nach dem Rezept des Hochverraters Kahr. Die Sozialdemokraten raus!, wie die Lösung ein wenig verständlicher überseht werden muß. Zerreißen des Versailler Vertrags, Aufhebung der Weimarer Verfassung und andre „Aleinigkeits“-Forderungen kamen hinterher. Daraufhin drehten Zentrum und Demokraten ihnen den Rücken.

Das war am Sonnabend. Am Dienstag wandten sie ihnen wieder das Gesicht zu. Mehr noch, sie setzten sich mit den Fremden und Begünstigten der Mörderorganismen an einen Tisch und

markten und feilschten

über die Forderungen der Monarchisten.

Und merkwürdig, die Verhandlungen gestalteten sich gar nicht so schwierig, wie die braven Zentrumsleute es sich vorgestellt hatten. Sie fanden bei den unentwegten Anhängern bereitwilliges Ergegenkommen. Es lagen plötzlich politische Notwendigkeiten vor, denen man sich beugen muß. Die große Koalition in Preußen muß den preussischen Fraktionen überlassen werden. Einverstanden, sagten die Deutschnationalen. Mit Hilfe der Volkspartei, die ja deutschnational verfaßt ist, werden sie später das „Ding schon drehen“. Zerreißen des Versailler Vertrags — mein Gott, das sind Agitationsphrasen. So ernsthaft ist das nicht gemeint. Wir wissen doch selbst, daß wir keinen Krieg gegen Frankreich führen können, also weshalb über Fragen der Zukunft das „Gebot der Stunde“ übersehen, das da lautet: Raus mit den Sozialdemokraten! Anerkennung der Weimarer Verfassung — na ja, wenn's nicht anders geht, und die Luguten lächelten sich an. Verfassungsfragen sind Machtfragen. Wer will heute vorherzagen, wie in einigen Monaten die Macht verteilt ist. Wenn wir an das Werk von Weimar herangehen, werden wir's natürlich nur streng verfassungsmäßig machen. Bitte, meine Herren, dagegen ist doch nichts einzuwenden?

Die Zentrumsleute wendeten immer weniger ein, je länger die Verhandlungen dauerten. Sie können mit links — siehe Wirth! — sie können mit rechts regieren — siehe schwarzblauer Bloch Bülow's, der seine fröhliche Urständ zu feiern im Begriff steht. Zudem hatten die Deutschnationalen ihnen einen fetten Bißchen vorweg zu kosten gegeben:

Stegerwald als Reichskanzler!

Der Bißchen schmeckte! Er zog auch bei den übrigen bürgerlichen Parteien. Die Volkspartei war mit Hand und Herz im Bunde. Die Demokraten dachten an ihren Dominicus, der unter Stegerwald in Preußen elf Monate lang starr reaktionär regiert hat. Sie stellten daher wohlwollende Neutralität in Aussicht. Sie werden nach und nach weiter gehen, wenn ihnen von Zentrums Gnaden nur ein Zipfchen der Macht abgelassen wird.

Der Bürgerblock wäre danach so gut wie abgeschlossen. Auch Namen werden schon genannt, die die Fahnen vorantreiben wollen mit der Aufschrift: Die Sozialdemokraten raus! Die deutschnationale Presse nennt als Reichsinnenminister den Deutschnationalen Jarres, der noch in den Reihen der Volkspartei sitzt; als Finanzminister Gelferich, als Wirtschaftsminister Minou, die bisherige rechte Hand des Stimmes, als Ernährungs- und Landwirtschaftsminister den Deutschnationalen Schiele, der unsern Lesern als stammer Agrarier ja hinlänglich bekannt ist. Als Arbeitsminister soll der Zentrumsmann Braun weiter gebildet werden. Aber wehe ihm, wenn er etwas von Arbeiterrechten faheln wird. Dann ist unter einem Stegerwald so ein räudiges Schaf ja leicht über Bord zu werfen.

Deutschnationale Namen, deutschnationaler Kurs. Es kommt wirklich eine Regierung „bewährter Männer“ zustande; sie schaut nur etwas anders aus, wie der Reichspräsident sie sich gedacht hat. Und dem Bürgerblock, der im Entstehen begriffen ist, wird mit Naturnotwendigkeit

der reine Rechtsblock folgen

und ihm die Rechtsdiktatur, verschleiert oder sogar ganz offen, ganz nackt und ganz brutal.

Das deutsche Volk leidet durch die Fülle der Not und des Hungers. Es muß auch noch durch die Fülle der politischen Entredmung, der rücksichtslosen Reaktion, des brutalen Gewaltregiments frieden. Erst dann wird seinen nicht sozialdemokratischen Massen der Wert und die Bedeutung der Demokratie ausleuchten, deren unentwegte und alleinige Verteidiger die Sozialdemokraten bisher gewesen sind. Erst dann werden wir zu der Einigung der Arbeiterklasse kommen, die allein imstande ist, mit Bürgerblock wie Rechtsblock die Rechtsdiktatur aufzuräumen.

Für die meisten Menschen in Deutschland ist die Politik noch eine Sache der praktischen Erfahrung. Sie wird kommen, die Erfahrung. Anknüpfend. Dann werden die Gegner der Sozialdemokratie in den arbeitenden Schichten erwachen aus ihren Träumen. Sie werden sich der Partei wieder anschließen, die sie seit fünf Jahren bekämpft und der sie jeden dauernden Erfolg bereitet haben. Sie werden kommen, um dann nicht wieder davonzulaufen. Und dann werden wir in breiterer und vor allem in geschlossener Front den Kampf führen gegen den Bürgerblock, der jetzt gebildet werden soll.

Nachdem dieses Gebilde der Reaktion erledigt ist, gibt's auch noch deutsche Geschichte, deutsches Leben und deutsche Zukunft! —

Der Kuhhandel im Bürgerblock.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit: Unter dem Druck der bürgerlichen Parteien müßte der mit der Regierungsbildung beauftragte frühere Reichsfinanzminister Albert am Dienstag seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen. Schon am Montag abend hatten zwischen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Deutschnationalen Verhandlungen über die Bildung eines Bürgerblocks stattgefunden. Die Volkspartei stellte keine wesentlichen Bedingungen, während das Zentrum seine Mitarbeit von der Erfüllung mehrerer Voraussetzungen abhängig machte. Die Demokraten lehnten einen Eintritt in den Bürgerblock ab, erklärten sich jedoch bereit, unter bestimmten Voraussetzungen ihm gegenüber eine neutrale Haltung zu üben. Zentrum und Demokraten forderten vor allem von den Deutschnationalen bestimmte Erklärungen, die sich auf die Verfassung, die Rechtsgültigkeit des Versailler Vertrags

und die Politik gegenüber dem Rheinland bezogen. Außerdem wurde eine Erklärung über die Bekämpfung der illegalen Verbände und die Fortführung der allgemeinen Politik Stresemanns verlangt.

Im Laufe des Dienstagnachmittags wurden über diese Voraussetzungen Verhandlungen geführt, in deren Verlauf das Zentrum eine Beteiligung unter dem von den Deutschnationalen und der Volkspartei als Reichskanzler präsentierten Duisburger Oberbürgermeister Jarres ablehnte. Diese Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Die Parteiführer einigten sich deshalb, den Fraktionen die Entscheidung zu überlassen. Vor allen Dingen spielte die Frage der großen Koalition in Preußen während der Besprechungen eine breitere Rolle, da die Deutschnationalen ihre Beteiligung an einer Regierung im Reich und ihre endgültige Zustimmung zu den Forderungen des Zentrums hieron abhängig machten.

Gegen Abend trat die Fraktion des Zentrums zusammen und beschloß, die deutschnationale Forderung auf Lösung des Koalitionsverhältnisses in Preußen als unannehmbar abzulehnen. Die Fraktion der Volkspartei kam nach einer kürzeren Besprechung zu dem Entschluß, daß die Lösung des Koalitionsverhältnisses in Preußen Angelegenheit der preussischen Fraktion sei und eine Entscheidung hierüber deshalb der volksparteilichen Fraktion des preussischen Landtags überlassen bleiben müsse. Die Demokraten lehnten von vornherein das Ansuchen der Deutschnationalen ab.

Das wankelmütige Zentrum.

Das Zentrum hatte nach dem Sturze Stresemanns zunächst dem Reichspräsidenten und der Öffentlichkeit versichern lassen, daß auf keinen Fall aus seinen Reihen der neue Kanzler gestellt werden könne. Und als der vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte frühere Reichsfinanzminister Albert auch um die Mitwirkung von Zentrumsleuten warb, ließ es öffentlich verkünden, daß Mitglieder des Zentrums nur unter ausdrücklicher Billigung der Fraktion einen Ministerposten übernehmen dürften.

Jetzt plötzlich taucht Adam Stegerwald, der Vielgeschäftige, aus der Versenkung auf. Jetzt plötzlich ist er von der eigenen Fraktion autorisiert, das Kanzleramt und damit die Bildung der Bürgerblock-Regierung zu übernehmen. Der Beschluß der Deutschnationalen, daß sie grundsätzlich mit einer Regierung Stegerwald einverstanden seien, drückt diesem Kabinet, wenn es wirklich zustande kommt, von vornherein den deutlich sichtbaren Stempel auf: Es wird ein „antimarxistisches“ Kabinet sein, das heißt, seine Front wird sich gegen die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse richten.

Daß ein sogenannter „Arbeiterführer“ dieser Regierung der Bourgeoisie seinen Namen leihen muß, ist mehr als ein Treppentritt der Weltgeschichte. Der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Generalsekretär Adam Stegerwald noch immer ist, hat — trotz Stegerwald — mit den freien Gewerkschaften und den liberalen Gewerksvereinen (G.-D.) wiederholt in einer Abwehrfront gegen politische und soziale Reaktion gestanden. Jetzt soll das Licht des „christlichen“ Stegerwald plötzlich der Regierung der Deutschnationalen vorleuchten. Sein Arbeitername soll das Eigenblatt für die offene Reaktion bieten!

Wenn der Reichspräsident auf den Vorschlag eingehen sollte, der ihm von den bürgerlichen Parteien gemacht wurde, so würde er freilich nur verfassungsmäßigen Pflichten folgen, die ihn nötigen, einen Reichskanzler zu ernennen, der eine parlamentarische Mehrheit aufbringen kann. Der Versuch muß gemacht werden, wenn Stegerwald glaubt, seiner eigenen Partei und der mit ihr im Bürgerblock vereinigten Parteien als Gefolgshaft sicher zu sein. Wie sich die Sozialdemokratie zu einer Regierung stellt, deren Spitze sich ostentativ gegen soziale Tendenzen in der Reichspolitik richtet, bedarf keiner Darlegung.

Die Politik Adam Stegerwalds ist aus seiner Tätigkeit als preussischer Ministerpräsident bekannt. Zehn Monate etwa hat er nach den letzten preussischen Landtagswahlen die Minderheitsregierung von Zentrum und Demokraten geführt. Mit welchem Erfolg, davon wissen die preussischen Parlamentarier ein Lied zu singen. Die von ihm geführte kleinste Koalition ging in die Brüche, als tenar die Demokraten ihre Minister aus seinem Kabinet

antwort — aber Ra hr ließ in der Presse verkünden, daß er eine „Auslieferung“ auf keinen Fall zulassen werde. Ra hr handelte auf eigene Faust, ohne die Regierung zu fragen.

Was nun? Wird der Oberreichsanwalt die Unterstützung der Reichsgewalt erhalten? Wenn nicht, dann ist die Rechts-einheit ebenso durchbrochen wie die Einheit des Reichsherrn. Was soll uns aber ein Reich, das teils mehr ist? —

Parlamentarischer Kleinram.

Nach längerer Pause trat der Preussische Landtag am Dienstag nachmittag um 3 Uhr wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stand eine Linnenge kleiner Vorlagen. Gegen die Tagesordnung protestierte der Kommunist Ra h und forderte, daß sofort die große Anfrage der Kommunisten über die politischen Verhältnisse in Preußen und die Verfassungen kommunistischer Funktionäre und Betriebsräte beraten wird. Als sich Ra h durch seine Erklärung, daß das Proletariat für die Verfolgung der Kommunisten Vergeltung üben werde, eine Rüge des Präsidenten zuzog, erhoben die Kommunisten starken Lärm, so daß der Präsident mit den schärfsten geschäftsordnungsmäßigen Mitteln dazwischen mußte.

Nach einem Protest des Wirtschaftsparteilers Dr. Vredt, den Hausbesitzerchmerzen drückten, stellt der Kommunist Doktor Meyer den Antrag, die Aufhebung der Parteiverbote des Generals Seede zu beraten und Kommunist Ra h mündlich, eine Aussprache über die Absicht der Regierung, die verhafteten Kommunisten in Konzentrationslager zu schaffen. Der kommunistische Abgeordnete Sobotta forderte eine Besprechung der Notlage im Ruhrgebiet. Die Beratung all dieser Anträge scheiterte an dem Widerspruch bürgerlicher Abgeordneter.

Ein Antrag auf Beratung von Maßnahmen zur Linderung der Not des Volkes gab dem Kommunisten Schulz (Neußolln) nochmals Gelegenheit zu einem Protest gegen das Parteiverbot und zu einem Hoch auf die kommunistische Partei, da in dem Geschlecht der bürgerlichen Abgeordneten unterging. In positiver Arbeit wurde in der ganzen Sitzung wenig geleistet. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Mittwochssitzung erneuerten die Kommunisten ihre sämtlichen Anträge nochmals. Sie fielen aber auch diesmal gegen die bürgerlichen durch, darunter auch ein von der Sozialdemokratie unterstützter Antrag auf eine politische Aussprache mit einer Besprechung der Ruhrfrage.

Der gefährliche Gropius.

Es gibt nicht allzu viele Männer in Deutschland, deren Name in der ganzen Kulturwelt Klang und Ansehen haben. Dazu gehört Walter Gropius, der Leiter des Bauhauses in Weimar. Man muß freilich geistige Interessen haben, um zu wissen, wer Gropius ist.

In der Welt des Geistes wird man mit einigem Erschaunen hören, daß Walter Gropius zu den Leuten gehört, die in Weimar — Gott sei Dank, daß Goethe nicht mehr lebt! — eine Haus-suchung durch die Reichswehr über sich ergehen lassen mußten. Gründe werden nicht angegeben. Gropius ist ein Name, hält keine „nationalen“ Reden, er trägt nicht das Hafentkrenz, er ist Künstler — Grund genug für irgendeinen nationalen Ehrenmann, ihn der Reichswehr zu denutzieren. Und die Reichswehr? Dort war gewiß irgendein Zeitfreiwilliger, der von Gropius nicht mehr wußte, als daß der Mann und sein Werk in einem „Zudenblatt“ rühmend genannt waren.

Ein Offiziersstellvertreter und sechs Mann durchwühlten die Wohnung von Gropius und zogen ab, nachdem sie sich bergewissert hatten, daß Gropius' Reich nicht von dieser Welt ist.

Eine bürgerliche Zeitung — beileibe nicht die „Magdeburgerische“, die alles gut und schön findet, was von der Reichswehr in Thüringen geschieht! — sagt zu dem Vorgehen gegen Gropius:

Alle, die Gropius näher kennen, wissen, daß er parteipolitischen Dingen absolut fern steht und überhaupt keiner Partei angehört. Er dient lediglich den künstlerischen und kulturellen Bestrebungen, als deren Vorkämpfer er seinen Welt Ruf erlangt hat. Das Vorkommnis wird dadurch peinlich illustriert, daß Gropius im Kriege vier Jahre als Frontoffizier, und zwar als Regimentsadjutant gedient hat und Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse und anderer Kriegsauszeichnungen ist.

Na ja, warum läuft dieser Gropius auch bei feierlichen Gelegenheiten nur in Zivil umher, warum werden im Bauhaus Denkmäler für Gefallene gemacht, bei denen der Beschauer sich etwas denken muß!

Der oben erwähnten Zeitung, dem „Berliner Tageblatt“, wird im allgemeinen über das Wirken der Reichswehr in Thüringen geschrieben:

Der Eindruck wird immer stärker, besonders in Weimar, als ob irgendwelche unverantwortlichen Kreise der Truppenleitung unbegründete Bezichtigungen zu-leiten, teils in der Absicht, aus Gründen, die weitab liegen von den der Reichswehr gestellten Aufgaben, die Bezichtigungen zu schädigen und bloßzustellen, teils aber auch, um den Ansehen der Reichswehr selbst Abbruch zu tun. Der Fall Gropius legt die letztere Vermutung ganz besonders nahe. Doch auch durch eine Reihe anderer Fälle von Haus-suchungen und Verhaftungen, denen der Orts- und Personen-unkunde kopfschüttelnd gegenübersteht, wird immer mehr die Auf-fassung befestigt, daß der Reichswehr Bezichtigungen zuzugehen scheinen, mit denen man nicht nur die betroffenen Personen, sondern auch der Truppe selbst und ihrem öffentlichen Ansehen in empfindlicher Weise Abbruch tun will. Eine auffallende Ge-schäftigkeit ist in den letzten Tagen in bestimmten rechts-radikalen Kreisen Weimars beobachtet worden. Man strebt von dort offensichtlich danach, sich mit Rat und Tat an die Reichswehr heranzudrängen, wobei diese freiwilligen Berater-tum die Absicht haben dürften, dem Allgemeinwohl zu dienen oder gar den nicht landesunfähigen Reichswehrteilen die für sie besonders schwierige Aufgabe auch wirklich zu erleichtern.

Wir haben diesen Bemerkungen nichts hinzuzufügen. Sie sind eine Bestätigung dessen, was wir selbst über das Reagieren der Generale gesagt haben.

Der wertbeständige Posttarif.

Amlich wird mitgeteilt: Die Gebühren im Post- und Postfachverkehr werden zum 1. Dezember auf wertbeständige Grundlage in Rentenmark gestellt. Gleichzeitige gelangen wertbestän-dige Freimarken zur Ausgabe, bei denen die aufgedruckte Zahl den Wert in Rentenpfennigen darstellt. Bei der zunächst noch zugelassenen Bezahlung der Gebühren und der Freimarken mit Papiermark werden die Rentenmark-Grundbeträge mit einem Umrechnungssatz vervielfacht, der sich hierbei ergebende Betrag wird nötigenfalls auf volle Milliarden aufgerundet. Die für die Vervielfachung anzuwendende Schlüsselzahl ist bereits der Goltumrechnungssatz für Reichsteuern (die Steuermark), und zwar gilt der jeweilige Montag bis Freitag bekanntgegebenen Umrechnungssatz immer für den ganzen folgenden Tag, der Umrech-nungssatz vom Sonnabend immer für die nächsten beiden Tage

(Sonntag und Montag). Die jeweilig geltende Umrechnungszahl wird an den Postämtern durch Ausgabekennzeichnungen.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. Dezember an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende (in Rentenpfennigen):

Postkarten: im Ortsverkehr 3, im Fernverkehr 5.
Briefe: im Ortsverkehr bis 20 Gramm 5, bis 500 Gramm 10, im Fernverkehr bis 20 Gramm 10, bis 500 Gramm 20.
Drucksachen bis 50 Gramm 3, bis 100 Gramm 5, bis 250 Gramm 10, bis 500 Gramm 20, 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzelne verpackte ungeteilte Druckbände zulässig) 30.
Geschäftspapiere und Mißsendungen bis 250 Gramm 10, bis 500 Gramm 20, bis 1 Kilogramm 30.
Warenproben bis 250 Gramm 10, bis 500 Gramm 20.
Palettarif (in 1., 2., 3. Zone): bis 8 Kilogramm 10, 60, 60; bis 5 Kilogramm 40, 80, 80; bis 6 Kilogramm 45, 90, 135; bis 7 Kilogramm 50, 100, 150; bis 8 Kilogramm 55, 110, 165; bis 9 Kilogramm 60, 120, 180; bis 10 Kilogramm 65, 130, 195 und so weiter bis 20 Kilogramm 160, 320, 480. — Für Zeitungs-pakete bis 5 Kilogramm 20, 40, 40.
Postanweisungen in Papiermark (vom 1. 12. 23 an) bis 25 Millionen Mark (in Rentenmark bis 25) 20, über 25 bis 50 Millionen Mark (über 25 bis 50) 40, bis 100 (100) 60, bis 250 (250) 80, bis 500 (500) 120, bis 750 (750) 160, bis 1000 (1000) 200, über 1000 Millionen Mark (1000) (unbeschränkt) für je weitere 250 Millionen Mark (250) mehr 40. Meistbetrag für gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen unbeschränkt.
Für bar eingezahlte Zahlkarten (in Papiermark) bis 25 Millionen Mark einchl. 10, über 25 bis 50 Millionen Mark 20, bis 100 Millionen Mark 30, bis 250 Millionen Mark 40, bis 500 Millionen Mark 60, bis 750 Millionen Mark 80, bis 1000 Millionen Mark 100.
Für bargeldlos bezogene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 100 Rentenpfennige für eine Zahlkarte.
Die Auslandsgebühren betragen vom 1. Dezember an: für Postkarten 20 (jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 15), für Briefe bis 20 Gramm 30, jede weiteren 20 Gramm (Meistgewicht 2 Kilogramm) 15; jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 25, jede weiteren 20 Gramm 15; für Drucksachen für je 50 Gramm 5 Rentenpfennige.

Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen vom Mittwoch

Notstandsarbeiten.

Die Erwerbslosigkeit hat einen solchen riesenhaften Umfang angenommen, daß der Reichsarbeitsminister Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten erlassen hat, auf die in einem Rundschreiben des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt hin-gewiesen wird.

Zweck der Bestimmungen ist, die Arbeitslosen in erweitertem Umfang zu produktiver Tätigkeit heranzuziehen. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde schon in der Verordnung vom 1. Oktober 1923 über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosen-fürsorge damit getan, daß die anspruchsberechtigten Erwerbslosen zu einer Gegenleistung für die Unterstützung, nämlich zur Pflichtarbeit, herangezogen werden können.

Die eingangs erwähnten neuesten Bestimmungen vom 17. No-ember gehen in dieser Richtung weiter, und zwar durch Organi-sation von Notstandsarbeiten. Einmal ist der Begriff dieser erheblich erweitert worden (es gehören jetzt zu ihnen alle Maßnahmen, denen ein volkswirtschaftlicher Wert innewohnt, und zwar die besonders die Menge einheimischer Nahrungsmittel, Kost-stoffe und Betriebsstoffe vermehren), zweitens sind die Notstands-arbeiten nunmehr auch einfacher durchführbar, besonders die Geld-mittel für sie leichter zu erlangen.

Die Bestimmungen sind so gehalten, daß sie namentlich den „ausgesteuerten“ Erwerbslosen, die also schon über sechs- undzwanzig Wochen Unterstützung erhalten haben, eine Fürsorge bringen sollen. Es werden unterchieden „kleine“ und „große“ Notstandsarbeiten. Erstere sind solche, die von der Gemeinde unter Zustimmung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeits-nachweises allein durchgeführt werden können. Solchenfalls werden die Mittel für die Notstandsarbeiten einfach aus der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge des Arbeitsnachweises genommen. Nur wenn in der Form besonderer Zuschläge und Prämien die üblichen Leistungen der Erwerbslosenfürsorge überschritten werden, ist der Gemeindeaufsichtsbehörde Kenntnis zu geben. Diese hat den Zu-schläge zu widersprechen, wenn bestimmte Grundzüge verletzt werden. Jedem Notstandsarbeiter ist eine bestimmte Mindest-leistung vorzuschreiben, die er einhalten muß, bevor er die Ver-gütung bekommt. „Große Notstandsarbeiten“ sind nur zu unter-nehmen, wenn die Arbeitslosen nicht in der Form der Pflichtarbeit oder der kleinen Notstandsarbeiten beschäftigt werden können. Große Notstandsarbeiten dürfen nur gefördert werden, wenn sie mindestens 2000 Erwerbslosentagewerke umfassen und die Zahl der Erwerbslosen 20 vom Tausend der Einwohner übersteigt.

Es dreht sich hier um außerordentliche Veranlassungen, ähn-lich wie bei der bisherigen „produktiven“ Erwerbslosenfürsorge. Die Gelder kommen dann in der Form von „Darlehen“ vom Reich und Land (dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge). Die Gemeinde hat dabei die Stellung eines „Beauftragten“ im Sinne des § 662 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Eine große Notstands-arbeit muß vom Reichsarbeitsminister oder der obersten Landes-behörde ausdrücklich anerkannt werden. Solche Arbeiten können auch von gemischtwirtschaftlichen oder privaten Unternehmungen durchgeführt werden. Große Notstandsarbeiten, die einen Ertrag erbringen lassen, werden nur gefördert, wenn dem Kreis und dem Land ein angemessener Anteil am Gewinn gesichert wird.

Einige allgemeine Bestimmungen bejahen noch folgendes: Die Beschäftigung des Notstandsarbeiters ist kein Arbeitsver-hältnis, sondern eine Form der Erwerbslosenfürsorge. Führt der Erwerbslose die Arbeit in einer ungenügenden Form aus, so ist ihm die Unterstützung zu entziehen. Ueber Beschwerden entscheidet der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises. Für besonders schwierige und für besonders gute und für wöchentlich mehr als 24 Stunden währende Arbeitsleistungen sind besondere Zuschläge und Prämien (siehe oben) festzusetzen. Die Not-standsarbeiter werden gegen Krankheit versichert. Der Arbeits-nachweis hat dafür zu sorgen, daß die Auswahl der Notstands-arbeiter unparteiisch und ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung erfolgt und das möglichst geeignete Erwerbs-lose den einzelnen Notstandsarbeiten zugeführt werden.

Die Meinungen sind insofern zu begrüßen, als vor allem nunmehr für die „Ausgesteuerten“ die Fürsorge fortgesetzt werden kann.

Die Opposition in der Partei.

Der sozialdemokratische Parteiauschuß trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, in der nach Erledigung einiger organisatorischer Fragen Genosse Hermann Müller ein Referat über die Reichspolitik hielt. In der anschließenden Debatte wurden die Zustände in Bayern, Sachsen und Thüringen und die Verhältnisse im besetzten Gebiet eingehend behandelt. Zur Regierungsfrage wurde ein Beschluß nicht gefaßt, da nach der Haltung der bürgerlichen Parteien die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung nicht gegeben sind.

Die Debatte ergab, daß die große Mehrheit des Partei-ausschusses mit der Haltung der Fraktion gegen das Kabinett Stresemann einverstanden war.

In der Fortsetzung der Beratungen teilte Genosse Wels mit, welche Schritte der Parteivorstand unternommen hatte, zu zeigen zu veranlassen, die Behauptungen zu beweisen, die er auf dem Berliner Parteitag aufgestellt hatte: „Im W eld wurde mir manches über die moralische Korruption in Berliner Parteikreisen mitgeteilt, was mich mit Entsetzen erfüllte.“ Der Parteiauschuß stellte fest, daß Zeigner auf wiederholte Aufforderungen diese Behauptungen weder aufrechtzuerhalten, noch beweisen habe.

Weiter beschäftigte sich der Parteiauschuß in längerer Sprache, die durch ein ausführliches Referat des Genossen Wels eingeleitet wurde, mit der in der Partei bestehenden organi-sierten Opposition, die unter Führung von Paul C. steht, der für seine Zwecke eine eigne Korrespondenz herausgibt. Im Anschluß an das Referat des Genossen Wels wurden folgende Resolutionen vorgelegt:

1. Der Parteiauschuß erklärt das Bestehen und die Förderung geschlossener oppositioneller Organi-sationen innerhalb der Partei und das Bestehen eines besonderen Organs mit besonderem parteipolitischen Tendenzen für unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Partei-einheit und fordert den Parteivorstand auf, dagegen mit allen zweckdienlichen Mitteln einzuschreiten.

2. Der Parteiauschuß beschließt, das im Referat des Genossen Wels enthaltene Material den Bezirken zugäng-lich zu machen.

3. Das Organisationsstatut der Partei regelt die Au-schließlichkeit der Parteiorganisationen und ihrer Fraktionen sowie der Fraktionen der Partei in den Parlamenten.

Mit diesen Bestimmungen des Statuts der Gesamtpartei dürfen die statutorischen Bestimmungen der Bezirke nicht im Widerspruch stehen.

Die Stellung der parteigenösslichen Landtagsfraktionen und der Landesinstanzen zueinander entspricht nicht der Stellung der Reichstagsfraktion und der Parteizentralen zueinander. Der Parteivorstand stellt daher fest: Die Landtagsfraktionen der Partei haben in den Landesparlamenten auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben. Beschlüsse von Partei-organisationen oder Landesinstanzen der Partei haben für die Landtagsfraktion die Bedeutung parteigenösslicher Vorschläge und Gutachten, deren Würdigung und Berücksichtigung bei der endgültigen Entscheidung dem pflichtgemäßen freien Er-messen der Landtagsfraktionen unterliegt.

Für ihre Politik in den Landtagen sind die Landtags-fraktionen nur der Gesamtpartei verantwortlich.

Die Resolution Nr. 1 wurde gegen 8 Stimmen, der Antrag 2 gegen 5 Stimmen und der Antrag 3 gegen 6 Stimmen ange-nommen.

Der Parteiauschuß nahm weiterhin mit allen gegen 5 Stimmen die folgende Entschiedenheit an:

„Die kommunistische Partei Deutschlands bereitet auf Befehl der Moskauer Zentrale den gewalttätigen An-griff auf die republikanische deutsche Verfassung vor. Die Sozialdemokratische Partei, die den Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Verfassung durchzuführen wird, lehnt daher jede organisatorische und politische Vereinbarung mit der kommunistischen Partei Deutschlands ab. Der Parteiauschuß erwartet, daß alle Organisationen im Reiche dementsprechend handeln.“

Notizen.

— Wertbeständiges Staats-Notgeld. Die preussische Staatsregierung hat sich gezwungen gesehen, zur Deckung der dringendsten staatlichen Ausgaben mit der sofortigen Herausgabe wert-beständigen staatlichen Notgeldes zu beginnen. Das Geld ist durch die Deposition von Goldanleihe voll gedeckt. Es wird in vier Goldmarken ausgegeben, und zwar zu 0,42, 1,05, 2,10 und zu 4,20 Goldmarken.

— Mildere Prozedur bei Besatzungsbehörden. Die franzö-sische Besatzung in Dortmund hat die Entlassung von 100 neuen Beamten in die Polizei sowie die Ausrüstung der Polizei mit 100 Gewehren genehmigt. Dem ausgemieteten Landrat des Kreises Recklinghausen, Dr. Klauener, ist die Rückkehr ins besetzte Gebiet gestattet worden. Die Franzosen haben die Reichsbank in Bochum wieder freigegeben; die ausgemieteten Beamten dürfen urrück-kehren, ebenso Stadthaupt Schmitz und Polizeikommissar Knecke. Die Leierzeit aus Dortmund ausgetrieben wurden. Der Dortmund-Be-zugsbetriebsleiter Karl Brauckmann, der im Juni wegen verbotener Waffenbesitzes zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war, ist begnadigt worden. Die Freilassung eines größeren Anzahl von Ruhrgefangenen soll bevorstehen.

— Wiederwahl der Hamburger Bürgermeister. Der Ham-burger Senat hat für das Jahr 1924 Dr. August Dr. Arnold Dieckel zum Ersten Bürgermeister und den Genossen Otto Stolten zum Zweiten Bürgermeister wiedergewählt.

— Sanktionen im Falle Graff. Wie der Brüsseler Bericht-erstatler des Lamps meidet, hat ein Vertreter der belgischen Regierung in Duisburg volles Eisenbahnmateriale be-schlagnahmt, das zur Abfertigung an die deutsche Eisenbahnbewachung bereitstand. Die Maßregel wird damit begründet, daß die deutsche Regierung das Ultimatum in der Angelegenheit des besetzten Gebiet erschossenen belgischen Leutnants Graff nicht befolgt habe, in dem von ihr Bezahlung einer Geldbuße von 1.215.000 Frank verlanget wird. Das beschlagnahmte Material soll in Höhe dieser Summe liquidiert werden. Eine Million Frank werde die belgische Regierung dem Roten Kreuz und 215.000 Frank der Familie des Ge-stöteten zur Verfügung stellen.

— Sondervertrag mit dem Mannesmann-Konzern. Als einer der ersten Konzerne hat der Mannesmann-Konzern in den letzten Tagen auf Grund des Düsseldorf-Vertrages Verhand-lungen mit der Ingenieurkommission geschlossen, die sich nicht nur auf den Abschluß eines Sonderabkommens für die Rohstoffe dieses Unternehmens beziehen, sondern sich auch zugleich auf alle dem Konzern angehörenden Hüttenwerke erstrecken. Den Kohlen-gehen des Konzerns Mannesmann ist mit sofortiger Wirkung die Genehmigung erteilt worden, die unterbrochenen Kohlen-lieferungen nach Holland wieder aufnehmen. Zu-nächst ist eine Menge von täglich 3000 Tonnen Kohlen genehmigt worden. Durch diese Maßnahmen werden die Belegschaften vor etwa zwölf Schachtelungen die Arbeit wieder aufnehmen können.

— Rumpfbürger-Lieferungsabkommen. Zwischen Vertretern der Rumpfbürger-Anilin- und Sodafabrik und der Rhein-landkommission ist in Koblenz ein Vertrag über Lieferung von Rumpfbürgerprodukten abgeschlossen worden. Die Rumpfbürger-Anilin- und Sodafabrik wird dadurch in die Lage gesetzt, den Betrieb in ihrem Oppauer Werk in vollem Umfang wieder aufzu-nehmen.

— Volksbefragung in Lübeck. Der Lübecker Senat veröffent-licht seinen Beschluß, das Volk in dem Konflikt mit der linken Mehrheit der Bürgerschaft zum Richter anzurufen. Als Termin ist der 6. Januar festgesetzt worden. Die Frage, über die ab-gestimmt wird, lautet: Hat der Senat zurückzutreten? Wird diese Frage verneint, so findet gemäß den veränderten Bestimmungen der Lübecker Verfassung eine Neuwahl der Bürgerschaft statt.

Depeschen.

Stegerwald im Anzug.

Wb. Berlin, 28. November. Der Reichspräsident besprach heute morgen mit dem Reichstagsabgeordneten und früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald die Frage der Übernahme der Regierungsbildung. Abg. Stegerwald hat sich seine endgültige Entscheidung vorbehalten. (Siehe Leitartikel.)

Die rheinische Währung.

Wb. Köln, 28. November. Die „Rheinische Volkszeitung“ berichtet aus Essen: Am Donnerstag beginnen die neuen Verhandlungen in der Frage der Errichtung einer rheinischen Goldnotenbank, an denen sowohl Vertreter der Wirtschaftskreise des besetzten Rhein- und Ruhrgebiets wie auch der Befehlungsbehörden teilnehmen werden. Die bisher gepflogenen Verhandlungen haben die ganze Angelegenheit kaum über ihr Anfangsstadium hinausgebracht, da einerseits die Franzosen eine schwankende und unentschlossene Haltung zeigten während auf der andern Seite die deutschen Unterhändler in ihrer Stellungnahme auf die Anweisungen der Reichsregierung Rücksicht nehmen müssen. (Siehe die entsprechende Uebersicht. Red.)

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundr. X. (Schulbuch) d. Buchhändl. J. 1100 Milliarden. (Im Antiquariat eigene Schatzkammer 500 Milliarden.) Abonnements- und Einzelverkauf von Zeitschriften aus allen Wissensgebieten. Zur Abholung liegen bereit: Das Tagebuch Nr. 47. Wirtschaft und Statistik Nr. 21. Pflanzzeit 22. Junge Gemeinde Nr. 17. Die Glocke Nr. 33-35. Günstige Beobachtungen. Deutsche Wochenzeitung Seite 2.

Kommunikationsbehörden in Offenbach. Infolge der Aufstellungs- und Beschlagnahmeverordnung des Generals v. Seeckt sind in Offenbach etwa zehn Kommunisten verhaftet worden. Ferner nahm die Polizei Bücher- und Schriftenbeschlagnahmen vor, die gerade kein günstiges Licht auf ihre Fähigkeit für die Beurteilung solcher Dinge werfen. Es befanden sich nämlich unter diesen beschlagnahmten Schriften auch Artur Heilers (Redakteur der „Frankfurter Zeitung“) Broschüre über das wirtschaftliche Nützlichkeits- und Karl Marx' „Kapital“.

Ausbehnung des Eisenbahn-Regelbetriebes. Nach einem französischen Befehl für die Stationen der Strecke Limburg-Wröbber wird die Strecke in der Nacht vom 28. zum 29. November in den Betrieb der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft übernommen. Der bisher von Kerkelbach (Bahnst.) bis Kamburg eingerichtete Pendelverkehr muß mit dem gleichen Zeitpunkt eingestellt werden.

Der „freigeigige“ Hitler. Bald nach der Flucht Hitlers wurde bekannt, daß am Morgen des 9. November auf seinen Befehl in zwei Münchner Druckerei-Großbetrieben, die im Auftrag des Reiches Papiergeld herstellen, sämtliche vorhandenen Geldbestände „requisiert“ wurden. Von einer der Firmen wurde das vorgefundene Geld, bestehend in zehn Kisten, mittels Lastautos weggeführt. Die Höhe des in beiden Druckereien geraubten Geldbetrags steht noch nicht einwandfrei fest, überschreitet aber jedenfalls den Betrag von 50 000 Millionen, von denen bisher nur ein ganz kleiner Teil wieder beigebracht werden konnte. Mit dem Gelde ging Hitler ziemlich freigebig um, indem er dem Personal der zwei Druckereien jeweils Trinkgelber in der Höhe von 1/2 bis 1 Million gab und den aus den Reihen der Erwerbshilfen am Vormittag des 9. November angemommenen „revolutionären Truppen“ sofort Beiträge von 2 bis 5 Millionen auszahlte. Die Bündel von Banknoten wurden übrigens auch in dem Auto zurückgelassen, in dem die festgenommenen Minister befördert wurden.

Reichswehrbeschwerden. Im Sächsischen Landtag wurden schwere Anklagen über das Verhalten der Reichswehr erhoben. Der Innenminister wies besonders darauf hin, daß es vor allem die vorübergehend eingezogene sind, die ihre Macht als Reichswehrsoldaten mißbrauchen, um ihren politischen Maßgebungen Luft zu machen und damit die gesamte Reichswehr aufs schwerste schädigen.

Schweizerische Hilfsaktion für die deutsche Arbeiter-schaft. In Olten fand eine Konferenz zur Besprechung einer Hilfsaktion für die deutsche Arbeiterschaft statt, an der das Bundeskomitee, die sozialdemokratische und die kommunistische Partei der Schweiz vertreten waren. Es wurde beschlossen, die Hilfsaktion sei zu teilen in eine solche für die Aufrechterhaltung der deutschen Gewerkschaften und in eine solche für die hungernde deutsche Arbeiterbevölkerung. Die Hilfsaktion für die deutschen Gewerkschaften soll Sache des Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaftsverbände bleiben, die hierfür Mittel pfällig machen sollen durch die Erhebung von freiwilligen und Extrabeiträgen von den Mitgliedern. Die Hilfsaktion für die hungernde deutsche Arbeiterbevölkerung soll vom Gewerkschaftsbund, der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei gemeinsam durchgeführt werden. Es soll dies in Form einer öffentlichen Sammlung von Geld und Lebensmitteln, eventuell Kleidern, geschehen.

Bestärkte Streiklage in Wien. Der Streik der Angestellten in der Wiener Metallindustrie droht sich durch den starken Standpunkt der Unternehmer, die zu vorwärtigen Verhältnissen zurück wollen, zu einer Krisenbewegung auszumachen. Die Organisationen der Metallarbeiter und der Industrieangestellten haben den Unternehmern ein bis Freitag mittag befristetes Ultimatum gestellt. Wenn bis dahin eine Einigung nicht erzielt ist, treten Sonnabend früh die 100 000 Metallarbeiter und die 20 000 Industrieangestellten in den Streik. Im Kreise Oberösterreich-Salzburg wollen die Industrieangestellten für den Fall einer neuerlichen Ablehnung der Forderungen mit den Wiener Kollegen solidarisch vorgehen.

Billige Bücher finden Sie in unserm Modernen Antiquariat. Buchhandlung Volksstimme Magdeburg, Große Kängstraße 3

Amliche Bekanntmachungen Bekanntmachung zur Ausführung des Reichsmietengesetzes. Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (RGBl. I. S. 17) sowie der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 1. August 1922 und 7. November 1922 (Preuß. Verordn. S. 82 und S. 288) wird für den Stadtkreis Magdeburg folgendes bestimmt: § 1 Vorleser und letzter Absatz der Bekanntmachung vom 22. September 1922 betreffend die Voraussetzungen der öffentlichen, geschäftlichen und industriellen Mietverhältnisse sind mit den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes zu ändern.

§ 4 Nr. 3: Das 18militärdenkmal der Gemarkung der Gemarkung... § 4 Nr. 3a: Das 18militärdenkmal der Gemarkung... § 4 Nr. 3b: Der bei der Aufhebung der öffentlichen Grundstücke... § 4 Nr. 3c: Der bei der Aufhebung der öffentlichen Grundstücke...

Bekanntmachung. Die Verträge auf das am Samstag den 1. Dezember d. J. an die Arbeiterinnen... Bekanntmachung. Die Verträge auf das am Samstag den 1. Dezember d. J. an die Arbeiterinnen... Bekanntmachung. Die Verträge auf das am Samstag den 1. Dezember d. J. an die Arbeiterinnen...

Bei jeder Wäsche in das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen ist halbes Waschen! Es wirkt schmutzstörend und zeitsparend und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels. HENKO Henke's Base- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte und übertrifftene Einweichmittel. Zu einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren unerlässlich!

Zu Friedenspreisen Bilderbücher, Spiele und Märchenbücher die billigsten Weihnachts-Geschenke! Buchhandlung Volksstimme Magdeburg, Große Kängstraße Nr. 3.

Ständesamtliche Anzeigen. Magdeburg-Markt. Adressen: 2. Dezember 1922. Adressen: 2. Dezember 1922. Adressen: 2. Dezember 1922.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Magdeburg. 24. Voranzeige. Die ordentliche Generalversammlung findet am Mittwoch den 12. Dezember 1923 in Kriegerpalast, Krieger-Gasse, Post. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Wahl der Ortsverwaltung, 3. Bericht der Ortsverwaltung, 4. Entschlüsse.

Das Schicksal des August Bebel der Mann und sein Werk von Franz Riese. In diesen Tagen wird ein Großteil der Arbeiterbewegung mit dem Tod des Reichstagsabgeordneten August Bebel konfrontiert. Buchhandl. Volksstimme Magdeburg, Große Kängstraße 3.

Kur 3 Tage ermäßigte Preise! Mittwoch, Donnerstag u. Freitag sind sämtliche Plätze um 25% ermäßigt. Krone und Fessel. Das Gespielt dauert nur noch bis einschließlich Sonntag. Mittwoch 7 1/2 Uhr, Sonntag 2 1/2 u. 7 1/2 Uhr.

Walhalla - Lichtspiele. Apffelstraße 12. Voranzeige. Dritter Teil von Die Rätzel Afrikas. Kämpfe im Sudan! Hauptrolle: Mary Walcamp.

Belohnung 10 Ztr. Weizen. In der Nacht vom 13. zum 14. November ist hier ein neues rotbraunes Motorrad (Marke ein neues 1923) gestohlen worden. Obige Belohnung wird bei Wiederbeschaffung, auf Wunsch Bescheinigung, zugesichert. Auskunft erbittet Landjägeramt Hinderburg (Provinz Sachsen).

10 Goldpfennige. 3acht Adobe, Bismarckstr. 11 für Cognat-, Rot- u. Weißweinflaschen. Diamant-Rohware Edelmetalle Brillanten. F. Streubel, Juwelenfassermeister. Schußbrücke 29 3 Treppen am Königshof. Edelsteinhandl., eigene Schleiferei, elektr. Betrieb.

Heute Manja Tzatschewa Die Fürstin der Ozeanwelt Harry in Liebesnöten Harry als Doppelgänger. Begleit werttags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Cyklone die Heldin der kalifornischen Berge. In der Hauptrolle: Mary Walcamp. Der große Sensationsprozeß. Vertheilung 5 1/2 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr.

Tiermarkt. Kaufe Kanarienvogel zu hoh. Preis, Zahl wert befähigt Meyer Schroderstr. 34, Ecke Marktstraße. Verkauf. Neue Federbetten sowie 2 geb. Bett, Kissen u. Bettfed. u. vert. Auch in 7 ab. 3 Kisten zu bezahl. Lorenz, Goethestraße 37. Ankauf. Für Haare. 1 Stück prima Gelb in gleichen Gewicht. Albert Schwioger Salsbrücke Nr. 48 Rathhausplatz Kaiserstraße Nr. 50 Eing. Blumenstraße.

Städtische Theater. Stadttheater Domplatz, 29. Nov. 8. Abend. Schwieger. Ziemerpiel von Zerfel. Auf. 7 1/2. Ende 10 Uhr. Bühnen-Theater. Vorvorstellung. 21. Nov. 8. Abend. Candida. Handl. von A. Shaw. Auf. 7 1/2. Ende 10 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 29. November 1923.

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 26. November auf das 153,5-milliardefache der Vorkriegszeit.

Steigerung der Goldpreise.

Der Dollar ist vom 21. zum 28. November von 2520 auf 4200 Milliarden Mark, also um 66,6 Prozent gestiegen, der Lebenshaltungsindezes dagegen hat härter, nämlich um 84,7 Prozent angezogen.

Das wesentliche Kennzeichen der Teuerung der letzten Wochen ist die Uebersteigerung der in Gold errechneten Preise. Eine ganze Reihe von Waren steht im Preise wesentlich höher als 50 Prozent über dem Vorkriegsstand.

Mit dem Anstieg der überlegten Goldpreise beschäftigte sich der Unterausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Vorkaufigen Reichswirtschaftsrates.

Abbau in der Reichsbahndirektion Magdeburg.

Von der Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Magdeburg wird uns geschrieben: In einem Artikel der Nr. 276 der 'Volksstimme', überschrieben 'Krise des deutschen Unternehmertums' ist in trefflicher Weise die künstliche Krisenmacherei der Unternehmer gekennzeichnet.

Damit sind endlich die von der Betriebsbureaucratie so sehr gehassten Betriebsräte befreit, und es kann nach Willfür der von den Staatsbureaucratien entworfenen Personalabbau vorgenommen werden.

Anfolge der verhängten Neueinstellungssperre wird der Etat in dem gleichen Zeitabschnitt durch natürlichen Abgang um 30 bis 35 Prozent geschwächt, und da im Mai der wiedererlebende Verkehr vermehrtes Personal erfordert, müssen selbstverständlich die fehlenden Kräfte neu eingestellt werden.

Man versteht es eben durch Mittel zum Zweck zu kommen, der sich in der Vereinfachung der Betriebsräte äußert. Also beide Gruppen, Privatunternehmer und Reichsverwaltung, in ihrer Grundlage verflochten, aber im Ziel einig!

Wir werden in unserm Kampfe mit dem Ueberbureaucratismus nicht nachlassen und hoffen, daß uns diese Zeiten nicht nur in der breiten Öffentlichkeit Unterstützung erwirken, sondern auch diejenigen Behörden, die im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit stehen, sich uns zur Seite stellen.

Bundesstag der Viehhändler. In Berlin tagte die Generalversammlung des Bundes der Viehhändler. Der Bundesstag beschäftigte sich mit der Frage der behördlichen Preiskontrolle (Ueberwachungskommissionen, Marktgerichte).

Auch die Viehhändler fürchten also, daß die Regierung vorzugsweise vom Verbraucherkommissar aus die Fragen beurteilt. Seit Jahren werden Händler und Erzeuger den deutschen Behörden den Vorwurf

nie wählten vor allem Verbraucherinteressen und ließen Handel und Produktion zugrunde gehen. Dabei haben die Erzeuger Reichstümer angehäuft, die Händler haben sich an Paßl vermehrt — gewiß kein Zeichen, daß es dem Handel schlecht geht —, die Verbraucher aber können sich das Notwendigste nicht mehr kaufen.

Anfrierung der Hypotheken. In einem Urteil des 5. Zivilsenats des Reichsgerichts wird grundsätzlich die Aufwertung von Hypotheken anerkannt und dem Hypothekengläubiger die Befugnis zugesprochen, die Aufhebung von Hypotheken zu verweigern, wenn die Auszahlung nur in Papiermark erfolgen soll.

An unsre Leser! Da das Notgeld der Industrie mit Ende November aufgerufen ist, haben unsre Boten und auswärtigen Vertreter von uns Anweisung erhalten, diese Zahlungsmittel abzulehnen.

Billige Salzheringe. Von Freitag den 30. November, von vormittags 9 Uhr an, gelangt in den durch Ausbahrung hergestellten gemachten Weichkäse der Mitglieder der Fischhändler zu Magdeburg 1923er Salzheringe, prima Qualität, zum Preise von 80 Millionen pro Stück, solange Vorrat reicht, zum Verkauf.

Der Bau des Mittellandkanals. Der bisherige Leiter der Reichswasserstraßenverwaltung, Dr. Kirckstein, ist in den Ruhestand getreten. Beim Amtsantritt seines Nachfolgers, des Ministerialdirektors Dr. Krohne, erklärte Reichsverkehrsminister Dejer als die wichtigsten Aufgaben die Förderung und Vollendung des Baues des Mittellandkanals.

Frachtkündung für Hausbrandkohle. Wie uns von der Preisstelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitgeteilt wird, können zum Zwecke der Vereinfachung der Versorgung der Bevölkerung die Frachten für Hausbrandkohle in Höhe von 75 Prozent für die Höchstdauer eines Monats, längstens bis 31. Dezember 1923, auf Goldbasis gekündigt werden.

Zirkus Blumenfeld. Wer noch nicht im Zirkus war, der schießt sich für einen der letzten Tage eine Eintrittskarte. Für sämtliche Plätze ein Drittel Ermäßigung für die Vorstellungen bis einschl. Freitag.

Die Muttat bei Jarchau. Ueber das Verbrechen, von dem wir gestern schon berichteten, wird von der Polizei folgendes mitgeteilt: Am Sonntag den 25. d. M., nachmittags ist der Schmied Reinhold Jiemendorf aus Jarchau im dortigen Wald erschossen worden.

Verhaftung der Diebe. Als vermutlich gestohlenen wurden folgende Sachen polizeilich sichergestellt: Eine silberne Herrenuhr mit stark abgenutztem Goldband, innen gezeichnet 'Paul Wendisch, Dresden 1890', eine silberne Damenuhr mit Blumenfranzverzierung auf der Rückseite, zwei goldene Damenuhren, eine mit Fabrik-Nr. 2089 und goldener Gliederkette und eine mit Fabrik-Nr. 100113 und Lederarmband, ein Alpacasigarenettenkasten, außer Monogram B. H., innen gez. E. K. 12. 7. 20.

3 Meter schwarzer Kleiderstoff, acht weiße Bettbezüge, zehn Betttücher, 4 Damasttafelstücher, Leibwäsche verschiedener Art; von verschiedenen Gattungen in der Spielgartenstraße die Klingelstühle.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Freitag (1. Abend): Gyges und sein Ring. — Sonnabend (2. Abend): Andine. — Sonntag (Anrecht aufgehoben): Andine.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Serichow 1.

Burg. Große Not herrscht unter den alten Volksgenossen, die nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und nur auf ihre Sozialrente angewiesen sind.

Burg. Aktivität. Genossen, die gewillt sind, aktiv im Parteileben mitzuwirken, können sich als Unterfahnen beim Genossen Heimelt junior, Bürgermarktstraße 21b, melden.

Unterbezirk Neuhaubensleben = Wolmirstedt.

Veranstaltungen

Freitag den 30. November, abends 8 Uhr, für Mitglieder in Wolmirstedt, Referent: Ferk; in Jryleben, Referent: Bernid.

Funktionärstungen

vormittags 10 1/2 Uhr in Nordgermersleben, nachmittags 2 Uhr in Schatenleben, Referent: Bernid.

Wolmirstedt. Die Einbruchsdiebstähle mehren sich in letzter Zeit. Nachdem man erst in der vorigen Woche verschiedentlich in der Bahnhofstraße Einbruchsdiebstähle verübt hatte und am Sonntag einen Dieb beim Wägediebstahl in 'Stadt Prag' fest, ist es Einbrechern gelungen, in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch einen schweren Einbruchsdiebstahl im Hartmannschen Hause in der Farsleber Straße auszuführen.

Stadtkreis Uckerleben.

Uckerleben. Zur Milderung der Wohnungsnot beschloß der Magistrat, ein weiteres Wohnhaus im Umfang von elf Wohnungen zu erbauen, und zwar an der Ecke Linden- und Weihestraße. Mit den Arbeiten soll sofort begonnen werden.

Altmark.

Stige. Die Stilllegung der Gasanstalt steht nahe bevor. Erst kürzlich fand eine gemeinsame Besprechung der städtischen Korporationen über die Zukunft der Gasanstalt statt; man war damals in der Mehrzahl der Meinung, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Kraftgas so lange wie nur irgend möglich aufrecht erhalten werden müsse.

Stendal. Der Oberbürgermeister spart. Bis vor einiger Zeit wurden die Bekanntmachungen des Magistrats in allen Zeitungen veröffentlicht. Auf eine Anfrage unserer Fraktion in der letzten Stadtverordneten-Sitzung erklärte der Oberbürgermeister, wegen notwendiger Sparmaßnahmen könnten die Bekanntmachungen nicht mehr in allen Zeitungen veröffentlicht werden, sondern das sollte abwechselnd geschehen.

